

Widerstand gegen das europäische Grenzregime

Jahresbericht 2021
borderline-europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



© Philipp Külker



Inhalt

Vorwort	5
Über uns	8
Selbstverständnis	8
Wer wir sind und was wir tun.	9
Das Jahr 2021	10
Kampf gegen Kriminalisierung von Flucht und Fluchthilfe.	10
Italien und das zentrale Mittelmeer.....	16
Externalisierung der EU-Außengrenzen.....	22
Lesbos und die Ägäis.....	26
Relocation.	32
Das neue EU-Migrations- und Asylpaket.....	35
Spenden und Mitmachen	38
Liste unserer Partner*innen und Netzwerke	40
Impressum und Kontakt	42



© Miko Guziuk (unsplash)



Markus Spiske, unsplash

Vorwort

Das Jahr 2021 stand unter den Zeichen der andauernden Corona-Pandemie, der Wahl einer neuen Bundesregierung und der Fortführung einer menschenverachtenden Migrationspolitik der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung. Europa verschließt sich mit immer gewaltvolleren Mitteln vor schutzsuchenden Menschen, und damit auch vor Menschlichkeit und Solidarität.

Die Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze zeigte dieses Jahr das hässliche Gesicht europäischer Migrationspolitik in neuen Dimensionen: Tausende Menschen leiden seit Monaten eingekesselt bei eisigen Temperaturen und ohne jegliche Versorgung unter politischen Machtspielen und rassistischen Abschottungsmaßnahmen. Aktuell sind mindestens 21 Todesfälle bestätigt, einige der Menschen sind erforen. Wie sehr die Situation auf menschenrechtliche Abwege gerät, zeigt sich nicht nur daran, dass weder Hilfsorganisationen noch Journalist*innen den Menschen vor Ort helfen oder über die Situation berichten dürfen. Die polnische Regierung erklärte unter anderem im Oktober 2021 die Durchführung von Pushbacks schlicht für legal und plant aktuell, eine 186km lange Mauer an der Grenze zu Weißrussland zu bauen, um weitere Grenzübertritte zu verhindern. Das alles sind maßlose Verstöße gegen international geltendes Recht!

Das Problem sind aber nicht nur rechte Politiken einzelner Mitgliedsstaaten. Es handelt sich um eine kollektive Abschottungspolitik der Europäischen Union, die nach wie vor international als Verfechterin von Menschenrechten auftritt. Entlang aller Binnen- und Außengrenzen der EU haben im letzten Jahr Pushbacks durch europäische Behörden weiter zugenommen: Im Jahr 2021 berichteten Schutzsuchende von über 11.000 Zurückdrängungen durch europäische Behörden, in vielen Fällen unter massiver Gewaltanwendung. 15.803 Menschen wurden allein in der Ägäis von griechischen Behörden zurück in türkische¹ Gewässer gepusht, viele von ihnen wurden ohne Motor oder Benzin in Rettungsinseln ihrem Schicksal überlassen. Einzelne berichteten sogar davon, ohne jegliche Hilfsmittel ins Meer geworfen worden zu sein; mindestens eine Person ist wegen dieser Maßnahme mutmaßlich ertrunken.²

>>>

- 1 Aegean Boat 2021 Jahresbericht
<https://aegeanboatreport.files.wordpress.com/2022/01/abr-annual-report-2021-pdf.pdf>
- 2 The Guardian, 17.02.2022
<https://www.theguardian.com/global-development/2022/feb/17/its-an-atrocity-against-humankind-greek-pushback-blamed-for-double-drowning>

Die meisten Pushbacks wurden im letzten Jahr an der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien und Herzegowina dokumentiert, wo Schutzsuchende von massiver körperlicher Gewaltanwendung, Misshandlung und Erniedrigung, Diebstahl und Zerstörung von Eigentum durch Grenzbeamt*innen berichten. Trotz der öffentlichen Berichte über die systematische Grenzgewalt steht der europäischen Grenzschutzagentur Frontex für 2022 ein Budget von 750 Millionen Euro zur Verfügung. Aufgrund der Vorwürfe illegaler Pushbacks wurde vom EU-Parlament beschlossen, vorläufig 12% des Budgets einzufrieren.³ Der Rest soll unter anderem für den weiteren Ausbau der digitalisierten Grenzüberwachungsmechanismen dienen.

Systematische Menschenrechtsverletzungen gegen Schutzsuchende werden aber nicht nur direkt, sondern vor allem indirekt praktiziert: Zum Einen kooperiert Frontex nach wie vor mit der sogenannten „libyschen Küstenwache“, obwohl deren brutales Vorgehen gegen Migrierende und die schweren Menschenrechtsverletzungen in Libyen allgemein bekannt sind und auch in den letzten Monaten immer wieder lautstark von den Betroffenen angeprangert werden.⁴ Das EU-Programm zur Ausbildung und Ausrüstung der sogenannten „libyschen Küstenwache“ und Marine wird weiterhin von hochrangigen europäischen Beamt*innen gefördert.⁵ Zum Anderen werden zivilgesellschaftliche Interventionen und humanitäre Unterstützung systematisch eingedämmt, sanktioniert und kriminalisiert.

Die Route über das Mittelmeer wurde als Resultat derartiger Maßnahmen auch in diesem Jahr unzähligen Schutzsuchenden zum Verhängnis: Mindestens 2000 Menschen sind im Jahr 2021 dort ums Leben gekommen oder werden vermisst.⁶ Eine zunehmende Militarisierung des Mittelmeers führte zuletzt dazu, dass sich Fluchtrouten in Richtung Atlantik verschoben. Auf dem nochmal gefährlicheren Seeweg Richtung kanarische Inseln sind dieses Jahr mindestens 4404 Menschen gestorben.⁷

3 Europa-Parlament, 21.10.2021
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211014/IPR14931/ep-asks-for-part-of-frontex-budget-to-be-frozen-until-key-improvements-are-made>

4 Refugees in Libya Manifesto,
<https://www.refugeesinlibya.org/manifesto>

5 AP News, 25.01.2022
<https://apnews.com/article/coronavirus-pandemic-business-health-libya-migration-a30dd342513aeeede5a7558de4c3089d>

6 <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>

7 Caminando Fronteras 2021 Monitoring-Bericht
https://caminandofronteras.org/wp-content/uploads/2022/01/MONITORE-DALVEN_v01.pdf

Für diejenigen, die überleben und hoffnungsvoll in Europa ankommen, bleibt die Situation ebenfalls fatal: Zum Einen wurden im letzten Jahr erneut zahlreiche Personen als „Schleuser*innen“ kriminalisiert, da sie das Boot steuerten, in dem sie und andere auf europäischen Boden ankamen, und werden dafür teilweise zu jahrzehntelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Behandlung im europäischen Asylverfahren bleibt anscheinbar willkürliche Kriterien gebunden, wie unter anderem unsere Recherche zum Relocation-Verfahren zeigt. Und auf den griechischen Inseln werden Schutzsuchende seit dem letzten Jahr in den neuen Lagern wie Gefängnisinsass*innen behandelt – vor allem, um andere abzuschrecken.

Doch trotz der gewaltvollen Abschottungsmaßnahmen auf allen Ebenen werden Menschen sich niemals davon abhalten lassen, sich zu bewegen. Sie werden weiterhin ihre Menschenrechte auf Freiheit und Sicherheit, auf Freizügigkeit, auf ein faires Asylverfahren, auf ein Leben frei von Ausbeutung und Unterdrückung wahrnehmen und einfordern. Doch solange es keine legalen Fluchtwege gibt und die solidarische Unterstützung systematisch verhindert wird, werden immer mehr Menschen ums Leben kommen. Jede Person ist eine zu viel.

Wir lassen uns in unserer Arbeit und in unserer Solidarität weder entmutigen noch einschüchtern! Auch im letzten Jahr haben wir uns bemüht, aktiven Widerstand gegen das Grenzregime zu leisten und gemeinsam mit zahlreichen anderen Menschen, Organisationen, Initiativen und Netzwerken weiterzukämpfen.

Kernpunkte unserer Arbeit 2021 waren die zunehmende Kriminalisierung von Schutzsuchenden und von Solidarität mit Flüchtenden, die andauernde Externalisierung der EU-Außengrenzen, die Situation im zentralen Mittelmeer, im Ankunftsland Italien und auf den Hotspot-Inseln in der Ägäis. Wie das konkret aussah, könnt ihr in diesem Jahresbericht nachlesen. Wir wünschen eine spannende Lektüre.

Coline Le Piouff und Paula Edling, *borderline-europe*
Berlin, den 20. Februar 2022

**Let's make solidarity
a threat again.**

Über uns

SELBSTVERSTÄNDNIS

borderline-europe tritt ein für das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Während europäische Staatsbürger*innen beinahe grenzenlose Bewegungsfreiheit genießen, wird die Freizügigkeit von Menschen aus dem Globalen Süden vehement infrage gestellt.

Neben Krieg und Verfolgung sind es jedoch vor allem die über Jahrhunderte gewachsenen ungerechten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Menschen dazu veranlassen, ihr Herkunftsland zu verlassen. Geopolitische und ökonomische Verhältnisse, zu deren Hauptprofiteur*innen die EU und ihre Bürger*innen zählen. Doch die Europäische Union verwehrt diesen Menschen nicht nur legale und damit sichere Einreisewege, sondern setzt darüber hinaus alles daran, deren Einreise und Aufenthalt zu verhindern. Die Mobilität von Menschen aus dem Globalen Süden wird als Sicherheitsproblem und Bedrohung dargestellt, die kontrolliert und eingedämmt werden muss. Dabei werden Menschenrechtsverletzungen nicht nur „gebilligt“ oder -verpflichtungen heimlich umgangen; europäische Behörden und Mitgliedsstaaten verletzen jene ausdrücklich, systematisch und öffentlich.

Alle Menschen haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Es ist nicht verhandelbar. Dazu gehört die freie Wahl des Wohnorts und der Zugang zu politischen und sozialen Rechten.

Wir verstehen unsere Arbeit als zivilen Widerstand gegen die gegenwärtige europäische Migrations- und Grenzpolitik und damit zwingend auch als feministisch, anti-rassistisch und anti-kapitalistisch.

WER WIR SIND UND WAS WIR TUN

Ihren Anfang nahm unsere Arbeit, als 2004 das Schiff *Cap Anamur* 37 Menschen aus Seenot rettete und infolgedessen der Kapitän und der Einsatzleiter wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ in Italien vor Gericht gestellt wurden. Während des fünfjährigen Prozesses wurde borderline-europe von den zwei Angeklagten und weiteren Aktivist*innen ins Leben gerufen.

Seit 2007 ist borderline-europe ein eingetragener **Verein mit Sitz in Berlin** und Nebenstellen in **Lübeck, Palermo und Mytilini**. Wir arbeiten größtenteils ehrenamtlich und projektfinanziert. Das Berliner Büro wird inzwischen durch vier, Palermo und unser Schwesterverein „borderline-lesvos“ mit jeweils einer bezahlten Stelle unterstützt. In Lübeck ist insbesondere unser Gründungsmitglied Kapitän Stefan Schmidt neben seiner Tätigkeit als Flüchtlingsbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein in unserem Namen aktiv. Ehrenamtliche Praktikant*innen und zahlreiche Aktivist*innen leisten einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag.

Seitdem recherchiert, dokumentiert und informiert ein stetig wachsendes, **europaweites Netzwerk** von Menschen über die Vorgänge an den europäischen Außengrenzen und leistet transnationale Vernetzungsarbeit. Wir erstellen Berichte, Analysen und Infomaterial und organisieren öffentliche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen. Gemeinsam möchten wir so für ein aktives und kritisches politisches Bewusstsein sorgen, welches den Konsequenzen einer rassistischen und tödlichen Grenzpolitik entgegenwirkt und diese aktiv sabotiert.

Darüberhinaus leisten wir konkrete Unterstützungsarbeit und Einzelfallhilfe für diejenigen, die am unmittelbarsten von der europäischen Abschottungspolitik betroffen sind.

Das Jahr 2021

KAMPF GEGEN KRIMINALISIERUNG VON FLUCHT UND FLUCHTHILFE

An zahlreichen Orten an und innerhalb der Grenzen der Europäischen Union wird systematisch Straf-, Zivil- und Verwaltungsrecht eingesetzt, um **Solidarität mit Flüchtenden zu kriminalisieren**. Die im Fokus stehenden Handlungen reichen von der simplen Bereitstellung von Nahrung, Unterkunft oder Transport, über Monitoring- und Öffentlichkeitsarbeit bei Menschenrechtsverletzungen, Rechtsvertretung bis hin zu lebensrettenden Maßnahmen wie die der Seenotrettung. Auch im Jahr 2021 standen wir weiterhin Menschen und Gruppen zur Seite, die dafür kriminalisiert werden, dass sie sich für die Würde und Rechte von Menschen unabhängig von deren Aufenthaltsstatus einsetzen.

Wir arbeiten transnational mit Betroffenen zusammen und unterstützen diese bei der **>> Vernetzung, Prozessvorbereitung, Fundraising für Rechtshilfekosten oder durch Kampagnenarbeit**. Dazu zählen u.a. die [Juventa-Crew](#), gegen die im März 2021 nun offiziell Anklage in Italien erhoben wurde, oder [Seán Binder, Sara Mardini und Nassos Karaktisos](#), gegen die und zahlreiche weitere Aktivist*innen auf Lesbos ein Verfahren läuft und die im November 2021 dort erstmals vor Gericht standen. Unsere volle Solidarität und Unterstützung galt 2021 aber auch den [Briçon7](#), dem Aktivisten der kroatischen Organisation Are You Syrious? [Dragan Umičević](#) oder [Gian Andrea Franchi und Lorena Fornasir](#) der italienischen Initiative Linea d'Ombra, und zahlreichen weiteren Menschen und Organisation, deren Geschichten wir dokumentieren und denen wir auf unterschiedliche Weise zur Seite stehen.

>>>



Kampagne "Freiheit
für die #Samos2"

>>> Während europäische Aktivist*innen in der Regel Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten, wenn sie zur Zielscheibe von Kriminalisierung werden, bleibt die alltägliche Praxis der Inhaftierung von Nichteuropäer*innen, die mit denselben Anschuldigungen konfrontiert sind, jedoch fast unbemerkt. Seit Jahren werden unter dem Vorwand der „Schmugglerbekämpfung“ Menschen systematisch dafür verhaftet, das Boot, also das Fluchtgefährt, gesteuert zu haben und wegen „Beihilfe zur irregulären Einreise“ zu langen Haftstrafen verurteilt. Die Schicksale dieser Menschen sind in der Öffentlichkeit jedoch kaum bekannt. Die meisten von ihnen werden unmittelbar nach ihrer Ankunft verhaftet und weggesperrt, ohne dass ihre Namen bekannt sind und ohne Zugang zu Unterstützung von außen. Allein in Griechenland sitzen aus diesem Grund derzeit fast 2.000 Menschen im Gefängnis. Sie machen die zweitgrößte Gruppe aller Inhaftierten aus. Die durchschnittliche Haftstrafe dort beträgt 44 Jahre.

Schwerpunkt unserer Arbeit im Jahr 2021 bildete dementsprechend die >> **Recherche zur systematischen Kriminalisierung von Menschen, die das Boot gesteuert haben**, in dem sie in Europa ankamen, zu den sogenannten „boat driver“. In Zusammenarbeit mit europaweiten Netzwerken und lokalen Organisationen und Aktivist*innen wie dem ARCI Porco Rosso in Sizilien, Italien, oder dem Human Rights Legal Project auf Samos, Griechenland, haben wir versucht, möglichst viele solcher Fälle ausfindig zu machen, um den betroffenen Menschen Rechtsbeistand und weitere Unterstützung zu organisieren, z.B. in Form von Solidaritätskampagnen und Prozessbegleitung.

So etwa geschehen im Fall von **K.S., der im April 2021 in Griechenland zu 52 Jahren Haft** verurteilt wurde, im Fall von **Mohamad H., der zu 142 Jahren** verurteilt wurde, oder den vier sogenannten „**libyschen Fußballern**“, die in Italien **zu 30 Jahren Haft** verurteilt wurden. Für letztere etwa organisierten wir unter dem Hashtag #FreeTheFootballers / #LiberateI calciatori eine Social-Media-Kampagne, in deren Rahmen wir auch Briefe zweier Verurteilter aus dem Gefängnis veröffentlichten.

Anfang November starteten wir die >> **Kampagne „Free the #Samos2“** für N. und Hasan, denen im Mai 2022 auf der griechischen Insel Samos der Prozess gemacht wird. N. und Hasan überlebten im Winter 2020 auf ihrer

Flucht nach Griechenland ein Schiffsunglück, als ihr Boot gegen die Felsen der Insel Samos krachte, und bei dem N.s 6-jähriges Kind ums Leben kam. N. wird nun in einem bisher **beispiellosen Akt der Kriminalisierung** als erster Asylsuchender in der EU für den Tod seines Kindes auf der Flucht angeklagt. Er steht zusammen mit Hasan vor Gericht, dem **230 Jahre plus eine lebenslange Haftstrafe** drohen, weil er das Boot gesteuert hat. Mit der Kampagne „Free the #Samos2“ kümmern wir uns um Rechtsvertretung und Prozessbegleitung und wollen Aufmerksamkeit für den Fall und die gesamte Thematik schaffen.

Neben der konkreten Einzelfallhilfe kämpfen wir auf politischer Ebene für das Ende der Kriminalisierung und der willkürlichen Anwendung von Anti-Schmuggel-Gesetzen: Wir erarbeiten Berichte, Analysen und Infomaterial, machen Öffentlichkeitsarbeit und organisieren Veranstaltungen und Kampagnen.

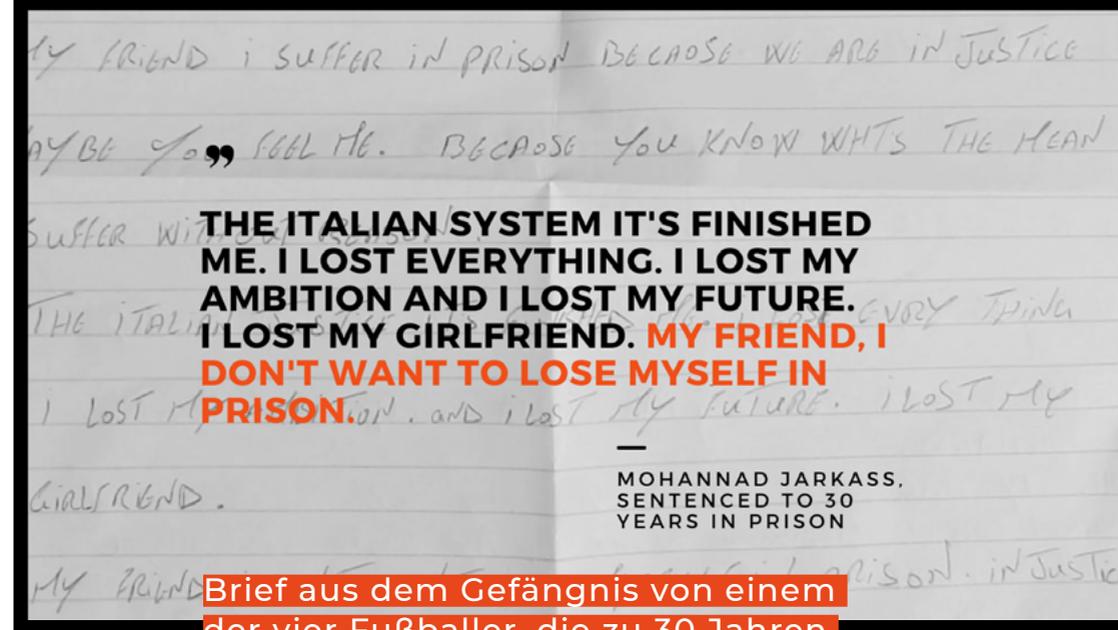
Im März 2021 veröffentlichte **borderline-europe** Sizilien einen >> **Artikel zur neuen „Kriminalisierungswelle der Solidarität und Rettung in Italien“**. In kurzer Zeit wurden mehrere Seenotrettungsorganisationen (erneut) der Beihilfe zur unerlaubten Einreise bezichtigt. Besonders absurd war der Fall der zivilen Plattform **Mediterranea**. Diese hatte von der dänischen Reederei **Maersk** eine Spende erhalten. Das wurde ihr als „Bezahlung“ für das Anlandbringen von 27 Geflüchteten zur Last gelegt, die sich 2020 38 Tagen an Bord des **Maersk-Tankers Etienne** befanden und nicht an Land gehen durften. Diese und andere Fälle der Kriminalisierung finden sich in unserem >> **Report „Rettung Unerwünscht - Italiens Versuche, die Seenotrettung Geflüchteter zu kriminalisieren“**. Der im September 2021 veröffentlichte Bericht gibt einen Überblick über und Analyse von Kriminalisierungsfällen im Kontext der Seenotrettung in Italien von 2002 - 2020 gibt. Der Bericht weist u.a. darauf hin, dass nicht nur die zivilen Seenotrettungsvereine und Plattformen, sondern bereits seit den frühen 2000er Jahren auch rettende Fischer*innen ein Opfer der europäischen Abschottungspolitik wurden. Nachdem wir Ende 2020 in Kooperation mit **Deportation Monitoring Aegean** und **Aegean Migrant Solidarity** die ausführliche Dokumentation „Stigmatisiert, inhaftiert, kriminalisiert - Der Kampf gegen vermeintliche ‘Schleuser‘“

>>>

>>> zur Kriminalisierung von Schutzsuchenden auf den griechischen Hotspot-Inseln herausgebracht haben, erschien im Oktober 2021 der **>> Report „From Sea to Prison. The Criminalization of Boat Drivers in Italy“**. Die intensive Recherche zur Situation in Italien erfolgte in Kooperation mit der sizilianischen Sans Papier Beratungsstelle ARCI Porco Rosso, Borderline Sicilia und dem Alarm Phone und gibt erstmalig Auskunft über Zahlen, Ablauf und weiteren Hintergrundinformationen zur Kriminalisierung von aus Seenot geretteten Menschen, die als vermeintliche Schmuggler, sogenannte „scafisti“, verhaftet werden.

Im November veranstalteten wir in Berlin die **>> hybride Podiumsdiskussion „From the boat to prison - the legal and discursive warfare against border crossing in the EU“** zur Thematik, um einen Raum zur transnationalen Vernetzung zu schaffen und der Thematik zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Die Veranstaltungen adressierte die Realitäten in Italien und Griechenland, den jeweiligen rechtlichen Kontext und mögliche Gegenstrategien. Indem wir Akteur*innen mit unterschiedlicher Expertise und Erfahrungen zusammenbrachten, diskutierten wir das Thema im Kontext einer generellen Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht und derjenigen, die sie unterstützen.

Für die Unterstützung von Menschen, die für das Steuern eines Bootes mit Schutzsuchenden jahrelang ins Gefängnis müssen, haben wir eigens einen **>> Rechtshilfefonds** eingerichtet. Dieser wird von Carola Rackete und Anne Weiss unterstützt, welche die gesamten Einnahmen ihres Buches „Handeln statt Hoffen“ zu diesem Zwecke an uns spenden. Angesichts der zahlreichen Fälle neigt sich das Geld jedoch schon dem Ende zu. Ihr könnt auf unserem Projekt auf [betterplace](#) **„Solidarisch gegen die Kriminalisierung von Flucht und Migration!“** für unsere Anti-Kriminalisierungsarbeit spenden.



Brief aus dem Gefängnis von einem der vier Fußballer, die zu 30 Jahren Haft verurteilt wurden

ITALIEN UND DAS ZENTRALE MITTELMEER

In unserem Italienbüro in Palermo auf Sizilien arbeiten wir mit einer Hauptamtlichen und jeweils einem*r Praktikant*in seit nunmehr 13 Jahren zu Themen rund um das Mittelmeer. Wichtige Partner*innen sind seit zehn Jahren Borderline Sicilia und die evangelische Kirche im Rheinland, die das Monitoring auf Sizilien ermöglichen. Zu dieser Arbeit haben wir Anfang des Jahres den [» Bericht „Gebt ihnen einen Namen‘ - Würde und Rechte für Geflüchtete und Migrant*innen an Europas Außengrenzen“](#) veröffentlicht.

In drei verschiedenen Publikationen zeigen wir, was migrationspolitisch in Italien los ist. Einmal im Monat erscheint unsere [» Central Med Info](#) zu den Themen Seenotrettung, Ankünfte, Pull-/Pushbacks nach Libyen, Tunesien und manchmal auch Algerien. Mit unseren Informationssammlungen stellen wir den Zahlen des italienischen Innenministeriums und der UN eine zivile Beobachtung entgegen. In diversen Statistiken und Tabellen sammeln und verarbeiten wir alle Informationen, die uns über verschiedene Kanäle und Netzwerke zur Verfügung stehen. Auf Instagram kann jeden Monat verfolgt werden, wie viele Menschen *borderline-europe* dokumentiert hat, die nach Libyen und Tunesien zurückgeschoben oder von NGOs gerettet wurden, deren Schicksal unklar ist oder die gestorben sind.

Die Initiative #SayTheirNames erinnerte in Palermo am 09. Februar 2021 an einen Schiffbruch ein Jahr zuvor. 91 Menschen hatten das Alarm Phone, eine von *borderline-europe* 2014 mitgegründete Telefonhotline für Geflüchtete auf See, um dringende Rettung gebeten. Sie mussten sterben, da keine der immer wieder kontaktierten Seenotrettungszentralen reagierte. Nur kurze Zeit später wurden im April weitere 130 Tote auf den öffentlichen Plätzen in Palermo betrauert. Doch das Sterben nimmt kein Ende. Laut dem Missing Migrants Project der IOM haben im Jahr 2021 1.553 Menschen im Zentralen Mittelmeer ihr Leben verloren.



#SaytheirNames - Gedenken an das Schiffsunglück vom 9. Februar 2020, Februar 2021

Eine weitere regelmäßige Veröffentlichung ist unser [» Scirocco](#). Alle zwei Wochen trägt der Scirocco (so nennt sich ein südöstlicher Wüstenwind) seine Informationen zum politischen Geschehen und zur Situation der Geflüchteten hinaus in die Öffentlichkeit. Zentrale Themen waren u.a. die Fortsetzung der [Quarantäne von Migrierenden](#) auf den Quarantäneschiffen, wozu wir etwa [» den Artikel „Die eingeschränkte Unendlichkeit“](#) veröffentlichten. Er beschreibt einen Raum der Segregation, der Angst und der Diskriminierung, und erschien im Frühjahr im Magazin „Hinterland“, dem Magazin des bayerischen Flüchtlingsrats, und ist auch auf unserer Homepage zu finden.



>>> Anfang 2021 gab es ein „Mailbombing“ zu der untragbaren Situation der Schiffe, die mehrere Geflüchtete das Leben kostete. In einem breitgestreuten Aufruf wurden Mails mit der Forderung der Abschaffung der Quarantäneschiffe an das Innen-, das Transport-, das Gesundheitsministerium, das Rote Kreuz (deren Mitarbeiter*innen auf den Schiffen arbeiten) und an die Schifffahrtscompany GNV, die die Fähren betreibt, gesendet. Die Aktion lief unter dem Titel: „Wahrheit und Gerechtigkeit für Abdallah Said - Stop Quarantäneschiffe“. Abdallah Said starb unbeachtet am 15. September 2020 im Cannizzaro Krankenhaus in Catania. Er war 17 Jahre alt. Die durch das Dekret des Leiters der Abteilung für Katastrophenschutz vom 12. April 2020 angeordneten Quarantäne führte dazu, dass Abdallah Said für mehrere Tage auf dem Quarantäneschiff GNV Azzurra eingesperrt wurde. Doch Abdallah war krank, was jedoch niemand ernst nahm. Erst nach mehreren Tagen auf dem Quarantäneschiff wurde er ins Krankenhaus Cannizzaro verlegt, wo er dann an einer tuberkulösen Enzephalitis starb. Er ist kein Einzelfall. Noch heute sind die Umstände seines Todes nicht geklärt und werden untersucht. Der Fall der Regierung Conte II im Januar 2021 und der neue Ministerpräsident Mario Draghi hat keinerlei Änderungen in dieser Frage gebracht.

Im Fall des Verfahrens gegen Matteo Salvini, dem ehemaligen rechtsgerichteten italienischen Innenminister, im Zusammenhang mit dem Rettungsschiff Open Arms, berichteten wir von diversen Sit-Ins bei den Vorverhandlungen in Palermo. Am 17. April 2021 verkündete Ermittlungsrichter Lorenzo Janneli schließlich, dass der Prozess gegen Salvini tatsächlich eröffnet wird. Unter den Nebenkläger*innen befinden sich 23 Organisationen und Personen, von denen neun Geflüchtete sind. Die Open Arms hatte 2019 in den ersten zehn Augusttagen 160 Menschen gerettet, durfte diese aber erst am 21. August an Land bringen. Salvini ist der Freiheitsberaubung angeklagt. In anderen, ähnlich gelagerten Fällen wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt. Wir hoffen, dass dies im Falle der Open Arms nicht geschieht.



Last but not least unser >> [„Streiflicht Italien“](#), ein Newsletter zur italienischen Migrationspolitik und der Situation auf der anderen Seite des Mittelmeeres, der 2021 drei Mal erschienen ist. Hierzu erschien zudem unser >> [Artikel „Goldener Käfig“](#), der die Situation an der Grenze zu Frankreich im italienischen Ventimiglia thematisiert. Grenzen haben immer zwei Seiten: die des Abfahrts- und die des Ankunftsortes. Im Gegensatz zu Sizilien und Lesbos ist Ventimiglia ein innereuropäischer Ort der Abfahrt. Zu Libyen und der Türkei als entsprechende (außereuropäische) Abfahrtsorte zu den Ankunftsorten Sizilien und ägäische Inseln in Europa haben wir nicht viel Einblick. In Ventimiglia hingegen erleben wir direkt vor unseren Augen, unter welchen Bedingungen die Menschen versuchen, ihren Weg fortzusetzen. Doch nicht nur die Grenze zu Frankreich, auch die zu Slowenien ist ein heikler Ort für Geflüchtete. So berichteten wir in unserem März-Streiflicht über die Rückübernahme aus Slowenien: ein pakistanischer Geflüchteter hatte gegen seinen Pushback nach Slowenien geklagt und gewonnen. Die Gefahr der Kettenabschiebung wurde anerkannt, unter den Zurückgeschobenen befanden sich viele potentielle Asylsuchende. 1.301 Geflüchtete wurden 2020 nach Slowenien abgeschoben, und all diese hätten nun ein Recht auf Rückkehr nach Italien. Doch für viele wird das ein Wunsch bleiben, da sie längst nach Bosnien oder Kroatien abgeschoben wurden. Dort wurden ihre Dokumente, die für einen Wiederaufnahmeantrag nötig sind, in den meisten Fällen von der Polizei vernichtet.

Auch die Aufnahmebedingungen in Italien haben sich nicht verbessert. Durch die Corona-Pandemie ist das >> [Monitoring-Projekt](#) mit unserem Schwesterverein Borderline Sicilia noch schwieriger geworden, da Genehmigungen zum Besuch der Unterkünfte nicht erteilt wurden. Dennoch wurden 26 Berichte in deutscher Sprache aus dem gemeinsamen Projekt veröffentlicht, 34 Artikel sind im Original auf Italienisch erschienen. Schwerpunkte waren u.a. die Zusammenarbeit mit tunesischen Familien bei der Suche nach ihren vermissten Kindern, die Ausbeutung in der Landwirtschaft, die Covid-Zentren und Quarantäneschiffe und das Business rund um die Aufnahme und die Versorgung von Geflüchteten.

Ohne ein gutes >> [Netzwerk](#) ist die Arbeit vor Ort nicht vorstellbar. Gemeinsam mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe haben wir im Juni 2021 einen >> [Bericht zu den Aufnahmebedingungen in Italien](#) herausgebracht.

>>> Hier geht es um die Situation von Geflüchteten im oder nach dem Asylverfahren, die aufgrund des Dublin-Verfahrens nach Italien zurückkehren und dort keinerlei Versorgung erhalten.

Im Rahmen des sogenannten „cm-all“-Netzwerks (Central Mediterranean) treffen wir uns regelmäßig mit Vertreter*innen der zivilen Seenotrettungsorganisationen, des Alarm Phones und der Seebrücke, um sich auszutauschen, Informationen zu teilen und ggf. gemeinsame Kampagnen zu planen (siehe unsere Arbeit zu „Relocation“ weiter unten). Außerdem haben wir im Jahr 2021 auch an zwei >> **Konferenzen** in Palermo teilgenommen: eine war die Tagung „From the Sea to the City“, die der Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, mit Grassroot-Vereinen organisierte. „From the Sea to the City“ will Kräfte bündeln, um die europäische Haltung zur Migration neu zu definieren und dabei Städte und Menschenrechte in den Mittelpunkt zu stellen. Im September folgte die „Palermo Convergence“, ein internationales Treffen von Aktivist*innen aus dem Bereich Migration und Flucht.

Zu diesen und vielen anderen Themen hat *borderline-europe* Sizilien in 2021 gearbeitet. Alles ist nachzulesen auf unserer Homepage unter Projekte: [Italien](#), [Geflüchtete in Sizilien](#), [Central Med Info 2.0](#) und [Kriminalisierung von Migration und Solidarität](#).



Salvini Prozess in Palermo, April 2021 (© Silvia di Meo)

EXTERNALISIERUNG DER EU-AUSSENGRENZEN

Die Europäische Union militarisiert und rüstet ihre Grenzen immer mehr auf. Zusätzlich erweist sie sich als treibender Motor, wenn es darum geht, Rechtsverletzungen über die eigenen Grenzen hinaus in Drittstaaten durchzusetzen bzw. dorthin „auszulagern“. Verträge und Abkommen mit Serbien, Montenegro, Tunesien, Libyen, der Türkei, Algerien, Marokko, dem Sudan, Ägypten und weiteren Herkunfts- und Transitländern sollen dazu dienen, Menschen schon vor Erreichen europäischen Territoriums von der Weiterreise abzuhalten. Durch diese Politik der Externalisierung wird die Festung Europa auf Drittstaaten ausgeweitet; nationalstaatliche und europäische Rechtsprechung sowie Menschenrechtsverpflichtungen so umgangen. Dem Prinzip nach „aus den Augen, aus dem Sinn“ sollen Menschenrechtsverletzung so dem Blick und der Kontrolle der europäischen Zivilgesellschaft entzogen werden.

Damit dieses Kalkül europäischer Regierungen nicht aufgeht, liegt ein weiterer Fokus unserer Arbeit darauf, auf die Rolle und Verantwortung der EU und ihrer Behörden außerhalb Europas und die damit verbundenen Auswirkungen auf migrierende Menschen aufmerksam zu machen und darüber aufzuklären.

Dafür bauen wir unsere **>> Vernetzung, Austausch und Kooperation mit Menschen, Aktivist*innen und Organisationen vor Ort** stetig weiter aus. Über das Institut für Auslandsbeziehung (ifa) werden uns regelmäßig Praktikant*innen von Organisationen aus verschiedenen afrikanischen Ländern vermittelt. Von September bis Oktober hatten wir eine Remote-Stipendiatin aus Karthoum als Mitglied unserer Gruppe, die zur Situation von eritreischen und äthiopischen Geflüchteten im Sudan recherchierte, bis der Putsch und die daraus resultierende Repression gegenüber NGOs und Aktivist*innen ihre Arbeit unmöglich machte. Wir konnten sie und eine ihrer Kolleg*innen erfolgreich in ein Schutzprogramm für Menschenrechtsaktivist*innen vermitteln, sodass sie 2022 ihre Arbeit von Deutschland aus weiterführen können.



**Besuch im Bundestag
mit unseren
libyschen Gästen**

Für zwei ehemalige Praktikant*innen aus Tobruk und Zuwara und jeweils eine*n ihrer Kolleg*innen organisierten wir im Jahr 2021 einen Folgebesuch in Berlin. Ende Oktober / Anfang November waren diese für insgesamt zwei Wochen zu Besuch. In dieser Zeit führten wir Vernetzungstreffen mit der Candid Foundation / Zeitschrift Zenith, Dis:Orient, Human Rights Watch, Amnesty International, Brot für die Welt, Misereor, einem Experten für Deradikalisierung, Democracy Reporting International und Welcome United durch. Wir gingen ins Konzert und in Ausstellungen, trafen uns zum gemeinsamen Essen und Kochen und besuchten den Bundestag. Insgesamt war es ein großartiger Austausch mit spannenden Gesprächen.



>>> Keine vierzehn Tage nach ihrer Rückkehr nach Libyen verlor Ayaa Elshamik, eine unserer ehemaligen Praktik*innen, ihr Leben bei einem Verkehrsunfall. Der Schock sitzt tief. Im Januar hatten wir ihre Recherche „[Migrants and Migration in the eastern region of Libya](#)“ veröffentlicht.

Darüberhinaus konnten wir unsere Freund*innen vom Alarm Phone Sahara in Bilma, Niger, >> **finanziell bei einer Aufklärungskampagne unterstützen**. Über einen Antrag bei der Stiftung Umverteilen! wurde die Kampagne von Alarm Phone Bilma zur Aufklärung Reisender Richtung Libyen bezüglich Corona finanziert. Es konnten Masken, Desinfektionsmittel und Flyer von Alarm Phone Sahara verteilt werden.



We will
miss you,
Ayaa

LESBOS UND DIE ÄGÄIS

Nach wie vor sind wir auf Lesbos aktiv und betreiben unser [>> Welcome Office](#) in Mytilini für die konkrete Unterstützung von Menschen auf der Flucht. In neuen, größeren Räumlichkeiten haben wir unter anderem unsere Arbeit mit einem Netzwerk von Sozialarbeiter*innen weiter professionalisiert und die Unterstützung von Geflüchteten außerhalb des Camps verbreitet. In der niedrigschwelligen Sozialberatung unseres Welcome Offices hatten wir insgesamt 3559 Besuche, in denen wir für 413 Personen eine Steuernummer und Bankkonto eröffnet haben und für 331 Personen die Beantragung von einem Geldgutschein für die Impfung erfolgreich umgesetzt haben. Wir haben für 58 Personen die Beantragung der Verlängerung Ihres Aufenthaltstitels beantragt; viele andere kamen, um Dokumente zu übersetzen, Informationen zu bekommen und Orientierung in den nächsten Schritten für ihr Leben hier zu planen.

Durch Corona sind viele bürokratische Anträge nur noch online möglich. Durch unsere Mitarbeiter*innen im Welcome Office konnten wir so an dieser wichtigen Stelle den Geflüchteten vor Ort einfach und schnell dabei helfen, sich im Dschungel der Online-Antragsgeschichten zurechtzufinden. Im Unterricht für Kinder hatten wir insgesamt 215 Schüler*innen, die wir mit Griechisch-, Englisch-, Mathe- und Kunstunterricht zwei Mal die Woche etwas aus ihrem Alltag im Camp herausholen konnten. Zwischen Mai und Dezember hatten wir zeitgleich sieben Lehrer*innen bei uns angestellt, die in der Muttersprache der Kinder und Jugendlichen (Arabisch, Farsi, Französisch und Lingala) einen leichteren Zugang zu Basis-Sprachkenntnissen in Englisch und Griechisch vermitteln konnten. Wir haben außerdem im Jahr 2021 insgesamt 30 Personen in zwölf Haushalten mit Miete und Nebenkostenrechnungen unterstützen können und mieten selbst mittlerweile drei Wohnungen für vier geflüchtete Familien an.

Unser Welcome Office hat sich im Laufe des Jahres 2021 zu einer festen Größe auf der Insel etabliert und wir arbeiten enger mit anderen Organisationen zusammen, um bestmöglich Unterstützung für jeden individuellen Fall organisieren zu können. Das heißt, wir arbeiten mit Anwalt*innen und dem UNHCR, aber auch vielen kleineren Initiativen zusammen, wo wir flexibel und schnell Lösungen finden können.



Anis, eine Schülerin beim Unterricht im Welcome Office

Eines unserer Highlights des Jahres war es, nach vielen Monaten Wartezeit endlich mehreren Familien eine gute Weiterreise mit positivem Asylbescheid wünschen zu können. Wir haben unter anderem eine Theateraufführung („boat theatre group“) von Geflüchteten mitunterstützt und zirka zwölf Schüler*innen an öffentliche Schulen vermittelt. Am meisten zu kämpfen hatten wir 2021 mit den Beschränkungen des Ausgangs für Geflüchtete aus dem Camp. Wir haben immer wieder versucht, zu vermitteln, dass Menschen das Camp doch verlassen dürfen sollten; nicht selten haben wir auch Bußgeldbescheide von der Polizei wegen der Ausgangssperre als ungültig identifiziert und zurückgewiesen.

In unserem [>> Warehouse im Norden der Insel](#) haben wir insgesamt für ca. 400 neuankommende Geflüchtete individuelle Kleidungspakete kurz nach Ihrer Ankunft verteilt und außerdem zehn andere Organisationen der Insel mit Kleiderspenden versorgt. Auch unsere Besucher*innen des Welcome Office konnten wir mit Kleidung versorgen. Insgesamt konnten wir so zirka 400 Kisten mit Kleiderspenden im Jahr 2021 verteilen.





Kleiderausgabe am
Warehouse im Norden Lesbos'



Am Empfangstresen im
Welcome Office

>>> Im letzten Jahr stand insbesondere >> **der Kampf gegen die systematisch praktizierten Pushbacks** durch staatliche Behörden Teil auf unserer Agenda. Die Zahl der Geflüchteten auf Lesbos ist aufgrund der täglich stattfindenden Pushbacks drastisch zurückgegangen. Während am Anfang des Jahres noch rund 10.000 Geflüchtete auf der Insel waren, sind es Ende Dezember 2021 nur noch 2.500. Das heißt allerdings nicht, dass sich keine Geflüchteten aus der Türkei auf den Weg machen. Stattdessen werden sie nicht mehr als Asylsuchende registriert, sondern brutalst an der See-grenze zwischen der Türkei und Griechenland wieder „ausgesetzt“ - mehr als einmal konnten wir das mit eigenen Augen vor Ort beobachten. Die vielen Geschichten unser Besucher*innen im Welcome Office sprechen eine sehr deutliche Sprache der Gewalt und der illegalen Zurückdrängung von Schutzsuchenden an den Grenzen der EU. Gemeinsam mit anderen Gruppen vor Ort, Anwält*innen und Aktivist*innen arbeiten wir daran, diesen zunehmenden Praktiken etwas entgegenzusetzen und generell mehr Bewusstsein für die Menschenrechtsverletzungen zu schaffen.

Ein weiteres Thema war 2021 die Errichtung der neuen „**Closed Control Centers**“ als Ablösung vorheriger Lagerstrukturen auf den griechischen Inseln. Auf Samos, Leros und Kos wurden die Einrichtungen bereits gebaut und werden seither von Menschenrechtsaktivist*innen und Bewohner*innen als gefängnisähnlich kritisiert. Der Bau weiterer derartiger Strukturen ist in Planung.

Zum Abschluss des Jahres 2021 sahen wir uns leider gezwungen, unser Team erheblich zu verkleinern, da eine wichtige Förderung für das Jahr 2022 weggebrochen ist. Dennoch sind wir sehr zuversichtlich auch im neuen Jahr eine Anlaufstelle für geflüchtete Menschen vor Ort zu sein.

In stetigem Austausch mit unseren Kolleg*innen vor Ort versuchen wir hier in Deutschland unseren Teil dazu beizutragen, dass sich grundlegend und nachhaltig, ergo sich politisch etwas ändert.

>>>

>>> Vor diesem Hintergrund entstand auch die >> **Kampagne #LeaveNoOneBehind**, die wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Akteur*innen tragen. Im Zuge des Großbrandes und der neuen Entwicklungen rund um das Geflüchtetenlager Moria haben wir unsere >> **mobile Ausstellung „Warum #LeaveNoOneBehind?“** - Die Zustände auf den griechischen Inseln und die europäische Abschreckungspolitik“ aus dem Frühjahr 2020 aktualisiert und erweitert.

Die Ausstellung thematisiert die gewaltvolle EU-Migrationspolitik am Beispiel des Lagers Moria und des darauffolgenden Lagers Kara Tepe auf Lesbos. Im Mittelpunkt steht dabei die Beschreibung der Lebensumstände in den Lagern und die wegen dem Ausbruch der Corona-Pandemie und dem Großbrand im Lager Moria weiter verschärfte Isolation und Entrechtung der Bewohner*innen. Außerdem werden die politischen Entscheidungen, die hinter den Lagern stehen und der politische Zweck, den sie erfüllen, beleuchtet.



Warum
#LeaveNoOneBehind'
-Ausstellung vor dem
Haus der Statistik
im Rahmen der
Filmvorführung von
'Citizen of Moria',
September 2021
(© Rina Nakano)



'Warum #LeavNoOneBehind'-
Ausstellung bei ihrem Stopp an
einer Berliner Gesamtschule,
Dezember 2021

Wir wollen zeigen, was die Forderung #LeaveNoOneBehind bedeutet: Die Abkehr von politischen Entscheidungen, welche zu der Ausweglosigkeit in den griechischen Geflüchtetenlagern führten und das Recht auf Asyl missachteten. Das menschenunwürdige Chaos, das in den Lagern herrscht, ist politisch gewollt und in ein zutiefst rassistisches Grenzregime eingebettet.

Diese Perspektive einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und Alternativen einer solidarischen Migrationspolitik aufzuzeigen, ist Ziel unserer Ausstellung, die dafür im öffentlichen Raum gewandert ist. Beispielsweise stellten wir sie im inklusiven Nachbarschaftsprojekt Prinzessinnengarten und auf dem Alexanderplatz aus. Außerdem haben wir sie [an einer Berlin Schule ausgestellt](#), mehrere Klassen durch die Ausstellung begleitet und uns mit den Schüler*innen zur EU-Abschottungspolitik ausgetauscht.

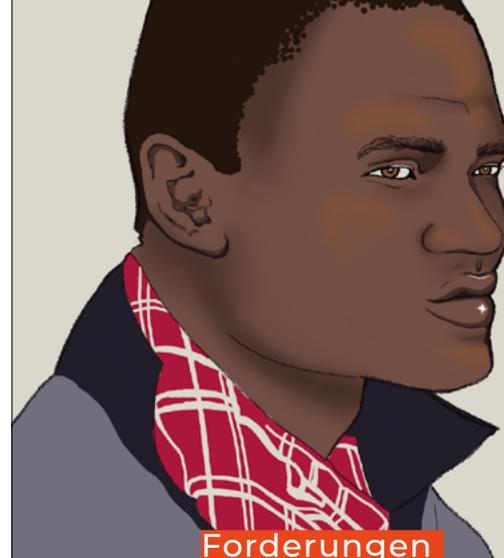
Auch im Jahr 2022 haben wir wieder vor, mit unserer Ausstellung ein möglichst niedrigschwelliges Angebot zu schaffen, um die Hintergründe der EU-Migrationspolitik besser zu verstehen und Möglichkeiten des Aktivwerdens für eine solidarische Migrationspolitik kennenzulernen.

RELOCATION

Seit Juni 2020 arbeiten wir gemeinsam mit Borderline Sicilia, Sea-Watch, dem Flüchtlingsrat Berlin und Equal Rights Beyond Borders an einer [Recherche und Kampagne zu den europäischen ad-hoc Relation-Verfahren](#). Infolge der Versuche der ehemaligen italienischen Regierung, die Ankunft von Personen, die aus Seenot gerettet wurden, zu blockieren, gab es eine massive Einschränkung der Hafeneinfahrt von Seenotrettungsschiffen: Demnach durften diese erst dann einen sicheren Hafen ansteuern, wenn sich andere europäische Staaten zur Aufnahme der Passagiere bereit erklärten. In einem nicht verbindlichen Abkommen einigten sich einige EU-Mitgliedsstaaten im September 2019 in Malta auf einen Verteilungsmechanismus (engl. „relocation“).

Interviews mit über 40 Menschen, die im Rahmen dieser Vereinbarungen von Italien und Malta nach Deutschland umverteilt wurden, machten die gravierenden Auswirkungen für die Betroffenen deutlich. Relocation-Vereinbarungen, welche so häufig als Lösung für das durch die Dublin-Regelungen entstehende, europäische Ungleichgewicht präsentiert und gefordert werden, stellten sich in der implementierten Form als problematisch und dysfunktional heraus.

Im Februar 2021 erschien unser [Report „EU ad hoc relocation - A lottery from the sea to the hotspots and back to unsafety“](#), der die Probleme des Prozesses beschreibt und die Forderungen und Geschichten der betroffenen Menschen darstellt. Unter anderem zeigte sich dabei, dass die Betroffenen in unwürdigen Hotspot-Einrichtungen Wartezeiten von bis zu einem Jahr ausgesetzt sind. Bereits die Auswahl derjenigen, die für diesen Prozess ausgewählt werden, ist von höchster Intransparenz gekennzeichnet und an teils dubiose Kriterien geknüpft. Diskriminierende Sicherheitsüberprüfungen durch deutsche Behörden sind nur ein weiteres Beispiel für die problematische Behandlung, die den Personen noch im Land der Erstankunft zuteilwird. In Deutschland angekommen mussten die Betroffenen in kürzester Zeit ohne ausreichend Zugang zu Informationen oder rechtliche Beratung Asylinterviews führen, woraufhin 80 Prozent abgelehnt wurden und sich von Abschiebung bedroht sahen.



Forderungen
eines Betroffenen

*I was relocated,
but where is my
right to stay?*



In unseren Netzwerken und über unsere Kanäle vermitteln und verbreiten wir die Erkenntnisse, die wir durch das Projekt gewonnen haben und klären darüber auf, was sich hinter der Forderung nach Relocation verbirgt. Darüberhinaus weiten wir unsere Recherche auf die Bundesaufnahmeprogramme der deutschen Regierung nach den Bränden im ehemaligen Camp Moria auf Lesbos aus, wobei sich bereits Parallelen erkennen lassen.

Im Vorschlag zum Neuen [Migrations- und Asyl-Paket der EU-Kommission \(2019\)](#) wird Relocation als ein zentraler Teil des sogenannten „Solidaritätsmechanismus“ verstanden und auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung als wichtiges Instrument im Umgang mit Migration innerhalb Europas begriffen. Dementsprechend ist es von entscheidender Bedeutung, diese Mechanismen einer konstanten zivilen Beobachtung auszusetzen und die Missachtung der individuellen Rechte der Betroffenen zu denunzieren.

Der gesamte **Report** zum Nachlesen kann über die Seite: <https://eu-relocation-watch.info> und auf unserer Website heruntergeladen werden, eine deutsche Version steht in Kürze zur Verfügung.

EU AD HOC RELOCATION

**A LOTTERY FROM THE SEA
TO THE HOTSPOTS AND BACK
TO UNSAFETY**



**Relocation needs
safe harbours**



DAS NEUE EU MIGRATIONS- UND ASYLPAKET

Gemeinsam mit fünf anderen Nichtregierungsorganisationen, „UNITED for Intercultural Action“ (Budapest, Ungarn), „Udruga-Pank“ (Pula, Kroatien), „Borderline Sicilia“ (Modica, Italien), „Association für Legal Intervention“ (Warschau, Polen) und „Humans Before Borders“ (Azambuja, Portugal) haben wir 2021 mit einem Projekt zum neuen „EU-Pakt zu Asyl und Migration“ der EU-Kommission begonnen. In der zu erwartenden öffentlichen Auseinandersetzung um die Durchsetzung der verschiedenen Aspekte dieses Paktes wollen wir uns, gemeinsam mit den vier anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus verschiedenen Mitgliedsländern, mit unserer menschenrechtlich begründeten Position in die öffentliche Debatte einmischen. Die dazu bekannten Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten liegen so weit auseinander, dass mit einer schnellen Einigung nicht zu rechnen ist. Die Spannweite reicht von der Forderung nach solidarischer gegenseitiger Unterstützung der Mitgliedsstaaten bis hin zu einer grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Migration. Ziel des Projekt ist es, in jedem der betroffenen Länder besonders wichtige bzw. problematische Aspekte des EU-Paktes in **>> öffentlichen Veranstaltungen** bekannt zu machen und die verschiedenen Perspektiven darauf zu diskutieren. Die Pandemie hat unsere ursprünglichen Planungen deutlich verzögert und zwang uns zum Teil, auf Online-Veranstaltungen auszuweichen.

Eine erste **>> Veranstaltung mit dem Titel „The situation of asylum seekers at the Polish-Belarusian Border“** wurde am 16. September in Warschau online durchgeführt, in der angesichts der aktuellen Ereignisse an der polnisch-belarussischen Grenze die Situation dort vor Ort im Vordergrund stand. Die Aufzeichnung dieser Veranstaltung steht online zur Verfügung.

Wir bei borderline-europe haben uns angesichts der nicht enden wollenden Nachrichten über **menschenrechtswidrige Praktiken von Frontex** und den entsprechenden Untersuchungen im Rahmen einer Untersuchungsgruppe im Europäischen Parlament mit der Rolle von Frontex und den möglichen Konsequenzen bzw. der Perspektiven des weiteren Umgangs mit der Agentur kri-

tisch auseinandergesetzt. Wir luden zahlreiche Aktivist*innen und Expert*innen ein, die an verschiedenen EU-Außengrenzen und in unterschiedlichen Arbeitsbereichen mit der Praxis von Frontex konfrontiert sind. So berichteten Vertreter*innen von FragdenStaat, Sea-Watch, Are You Syrious?/Borderviolence Monitoring Network, der York University, dem Disinfo Collective, FrontLex, bordermonitoring.eu, der Frontex Scrutiny Group, dem ECCHR und dem Transnational Institute von ihren Erfahrungen und diskutierten gemeinsam mit dem Publikum Möglichkeiten des zivilen Widerstands. Auch diese, in hybrider Form durchgeführte >> [Veranstaltung „Quo vadis Frontex - Reform, control or abolish?“](#) ist online verfügbar.

Im Jahr 2022 werden in den beteiligten Ländern weitere Veranstaltungen zum EU-Pakt durchgeführt werden, entsprechenden Ankündigungen werden wir über unsere Homepage veröffentlichen.

Förderung für dieses Projekt erhielten wir über den Programmbereich „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“ des von der EU aufgelegten Programmes „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB), für den wir Ende 2020 einen Antrag einreichten.



Quo vadis Frontex?
Veranstaltung,
September 2021

Spenden und Mitmachen

Widerstand ist möglich! Aktiv handeln, jetzt!

Beteilige dich an Kampagnen und Aktionen oder rufe diese selbst ins Leben! Besuche und organisiere Informationsveranstaltungen! Werde durch Vorträge und Gespräche als Multiplikator*in tätig! Unterstütze Menschen, die neu ankommen, direkt und solidarisch! Mach bei uns mit! Auf unserer Webseite findest du Informationen über ehrenamtliche Mitarbeit und Praktikumsmöglichkeiten in unseren Büros in Berlin und Palermo. Wenn du selbst an deinem Ort eine Veranstaltung organisieren möchtest, stehen wir gerne als Referent*innen zur Verfügung.

Bleibt kritisch und aktiv!

borderline-europe – Menschenrechte ohne Grenzen e.V. gibt es inzwischen seit 14 Jahren. Darin stecken viel Energie und der starke Wille, eine kritische Stimme im öffentlichen sowie politischen Diskurs um Migration und Flucht zu vertreten. Indem wir die Situation an den Außengrenzen und innerhalb Europas verfolgen und anprangern, schaffen wir Transparenz und Öffentlichkeit für die migrationspolitischen Missstände der Europäischen Union. Unsere Arbeit ist sehr vielfältig und fordert eine Kontinuität unseres erfahrenen Teams. All unsere Aktivitäten werden durch Spenden finanziert und können nur so weitergeführt werden.

Unterstütze borderline-europe!

Mit eurer Unterstützung werden wir weiterhin gegen das Sterben an den Außengrenzen vorgehen! *Mit eurer Unterstützung* wird es weiterhin ein Monitoring und Projekte an den Außengrenzen des europäischen Grenzregimes geben, die die aktuellen Zustände sichtbar machen! *Mit eurer Unterstützung* werden wir weiterhin den notwendigen transnationalen Austausch mit anderen kritischen Initiativen und NGOs vorantreiben!

Unterstütze unsere Arbeit durch eine Spende oder werde Fördermitglied!

JEDE SPENDE HILFT!

borderline-europe e.V.
GLS Bank, Bochum
Konto-Nr 4005794100
BLZ 43060967
IBAN DE11 4306 0967 4005 7941 00
BIC GENODEM1GLS (Bochum)

Liste unserer Partner*innen und Netzwerke

Aegean Migrant Solidarity

<https://www.cpt.org/programs/lesvos>

Africa Center for Justice and Peace Research

<https://www.acjps.org>

Afrique Europe Interact

<https://afrique-europe-interact.net/>

Alarm Phone

<https://alarmphone.org/de/>

Alarm Phone Sahara

<https://alarmphonesahara.info/en/>

Alibi - Zentrum für Soziales und Kunst

<https://alibi-essen.de/>

Antirassistisches Forum in Palermo

<https://www.facebook.com/ForumAntirazzistaPalermo>

Apuleius Foundation

<https://www.facebook.com/Apuleius.foundation>

Arci Porco Rosso

<https://arciporcorosso.it/>

Arbeitskreis Asyl, Göttingen

<https://papiere-fuer-alle.org/ak-asyl>

Asyl in Not

<https://www.asyl-in-not.org>

Bahnhof Langendreer

<https://bahnhof-langendreer.de/>

Bawarder Foundation

<https://www.facebook.com/bawader>

Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung

<https://www.bildungswerk-boell.de>

Borderline Sicilia

<https://www.borderlinesicilia.it/de/>

Bordermonitoring.eu

<https://bordermonitoring.eu/>

Can't evict solidarity

<https://cantevictsolidarity.noblogs.org/>

Corasol

<http://corasol.blogspot.de/>

Deportation Monitoring Aegean

<https://dm-aegean.bordermonitoring.eu/>

Dunya Collective

<https://www.dunyacollective.org>

European Centre for Constitutional and Human Rights

<https://www.ecchr.eu/>

European Democratic Lawyers

<http://www.aeud.org/>

Equal Rights Beyond Borders

<https://equal-rights.org/>

Familienleben für alle!

<https://familienlebenfueralle.net/>

Flüchtlingsrat Berlin

<https://fluechtlingsrat-berlin.de/>

Gatroom Human Rights Centre

<https://www.facebook.com/gatroom.rights>

Grenzgänger e.V.

<http://grenzgaenger-berlin.de/berlin>

HuBB - Humans Before Borders

<https://www.instagram.com/humansbeforeborders/>

Initiative gegen das EU-Grenzregime

<http://wirsindwuetend.blogspot.eu/>

IPPNW

<https://www.ippnw.de/startseite.html>

Iuventa10 / Solidarity at Sea

<https://iuventa10.org/>

Klikaktiv

<https://klikaktiv.org/>

Kritnet

<http://kritnet.org/>

La Kasbah

<https://lakasbah.org/category/news/>

Legal Centre Lesbos

<https://legalcentreslesvos.org/>

Mare Liberum

<http://www.mare-liberum.org/>

Mediterranea

<https://mediterraneaescue.org/>

Migration Policy Group

<https://www.migpolgroup.com/>

Migreurop

<www.migreurop.org/>

No Nation Truck

<https://nonationtruck.org/>

Phia e.V.

<https://phia-ev.jimdofree.com/>

Radio Koode International

<https://koode.net>

Rosa-Luxemburg-Stiftung

<https://www.rosalux.de/>

SAROBMED

<https://sarobmed.org/>

Sea-Watch

<https://sea-watch.org/>

Seebrücke

<https://seebruecke.org/>

Solidarity Cities

<https://solidaritycities.eu/>

SOS Mediterranée

<https://sosmediterranee.de/>

Stiftung Nord-Süd-Brücken

<https://nord-sued-bruecken.de/>

Subjective Values Foundation

<https://szubjektiv.org/>

TNI Transnational Institute

<https://www.tni.org/en>

Unteilbar

<https://www.unteilbar.org/>

We are a welcoming Europe

<https://www.facebook.com/Welcoming-Europe/>

Welcome United

<https://www.welcome-united.org/>

Women in Exile

<https://www.women-in-exile.net/>

You Can't Evict Solidarity

<https://cantevictsolidarity.noblogs.org/>

Impressum und Kontakt

borderline-europe

Jahresbericht 2021

Redaktion: Paula Edling,
Coline Le Piouff und Julia Winkler

1. Auflage, März 2022

Bildrechte

borderline-europe,
Creative Commons BY-NC-ND 4.0
(falls nicht anders gekennzeichnet)

borderline-lesvos

Griechenland, Lesbos/Mytilini
Alice Kleinschmidt
M +30 698 872 49 82
protistassi@borderline-europe.de

Gestaltung

Juliana Maurer

Vorstand

Andrea Staeritz	Eingetragen
Sara Bellezza	im Vereinsregister
Harald Glöde	beim Amtsgericht
	Berlin

Druck

Pinguin Druck Berlin

Spendenkonto

GLS Bank, Bochum
Kto.-Nr.: 400 579 4100
BLZ: 430 609 67

Kontakt

Hauptsitz Berlin
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
M +49 (0)30 23880311
mail@borderline-europe.de

www.borderline-europe.de

Italien, Außenstelle:

Sizilien/Palermo

M +39 340 980 21 96

italia@borderline-europe.de

Twitter  BorderlineEurop

Facebook  borderlineeurope

Instagram  borderline_europe

www.borderline-europe.de

